



ANTRAG auf Gewährung einer Zuwendung gemäß der Richtlinie zur investiven Förderung von Pflegeplätzen sowie der Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum (PfleagesoNahFör)		Formblatt Pflege- soNahFör
An das Bayerische Landesamt für Pflege Referat 45 Köferinger Straße 1 92224 Amberg		
1. Name der geplanten Maßnahme		
2. Antragsteller/Antragstellerin <i>(Bauträger/Vorhabenträger)</i>		
Name, Vorname		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Telefon	Telefax	
E-Mail		
Rechtsform		
Vertretungsberechtigte Person(en) Bitte aktuellen Handelsregisterauszug oder anderen Nachweis - z.B. Satzung, Gesellschaftsvertrag oder Vollmachtsurkunde beilegen.		
1. _____	<input type="checkbox"/> einzeln vertretungsberechtigt	
2. _____	<input type="checkbox"/> zusammen vertretungsberechtigt	
Der Antragsteller verfolgt steuerbegünstigte Zwecke (§§ 51-68 AO) <input type="checkbox"/> Ja, der Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamts liegt bei <input type="checkbox"/> Nein	Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG <input type="checkbox"/> besteht <input type="checkbox"/> besteht nicht Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Kosten- und im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.	

5. Angaben zum Bauvorhaben

Art der Maßnahme (Mehrfachnennung möglich)

- Erstinvestition Ersatzneubau-/Anbau
 Umbaumaßnahme/Modernisierung Sonstiges Vorhaben

Für die baufachliche Prüfung Ihres Bauvorhabens benötigen wir folgende Unterlagen:
Bitte legen Sie diese Unterlagen Ihrem Antragsformular bei.

- Bau- oder Raumprogramm Vorbescheide oder sonstige Nachweise zur baurechtlichen Zulässigkeit
 Übersichtsplan Erläuterungsbericht nach Muster 6 zu Art. 44 BayHO
 Topografische Karte M 1:25 000 Kostenermittlung in der 3.Ebene nach DIN 276
 Lageplan mind. M 1:1000 Flächen und Rauminhalte nach DIN 277
 mit Darstellung der Erschließung Wohnflächenberechnung nach der WoFIV
 Pläne M 1:100
 Grundrisse
 Ansichten
 Schnitte
 Terminplan (mind. Grobterminplan mit Meilensteinen)

Kurzbeschreibung der Baumaßnahme

Geplanter Beginn der Maßnahme

Geplanter Abschluss der Maßnahme

- Mit der (Bau-) Maßnahme wurde noch nicht begonnen.
 Mit der (Bau-) Maßnahme wurde am _____ begonnen.

Hinweis:

Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen gewährt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde.
Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichtung des Grundstücks (z.B. Gebäudeabbruch, Planieren, Rodung o.a.) allerdings nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Förderung.

Im Einzelfall kann auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt werden (eine ausführliche Begründung ist erforderlich).

Gesamtplatzzahl vor Beginn der Maßnahme

Gesamtplatzzahl nach Maßnahmenende

<input type="checkbox"/> Dauerhaft angebotene Tagespflege	Plätze vorher		Plätze nachher	
<input type="checkbox"/> Dauerhaft angebotene Plätze in baulich eigenständigen Begegnungsstätten für zu Hause lebende Pflegebedürftige und Menschen mit Demenz	Plätze vorher		Plätze nachher	
Dauerhaft angebotene Plätze:	Anzahl Plätze Einzelzimmer		Anzahl Plätze Doppelzimmer	
	vorher	nachher	vorher	nachher
<input type="checkbox"/> Kurzzeitpflege				
<input type="checkbox"/> Nachtpflege				
<input type="checkbox"/> Dauerpflege mit Öffnung in den sozialen Nahraum				
<input type="checkbox"/> Dauerpflege				
<input type="checkbox"/> Ambulant betreute Wohngemeinschaften				
<input type="checkbox"/> Kurzzeitwohnen für Kinder, Jugendliche und junge volljährige Menschen mit Behinderung				
<input type="checkbox"/> Dauerpflege für volljährige Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf				
<input type="checkbox"/> Kurzzeitwohnen für volljährige Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf				
<input type="checkbox"/> Außenanlagen und Freiflächen mit demenzsensibler Gestaltung				
In welchem Jahr sollen wie viele Plätze in Betrieb genommen werden? – (Bitte legen Sie dies stichpunktartig gegliedert nach Jahr, Art und jeweilige Anzahl der Pflegeplätze dar).				
Bei Umbaumaßnahme/Modernisierung: Inwieweit wirkt die Maßnahme dem Wegfall von Pflegeplätzen entgegen? Insbesondere: Aus welchem Grund würden wann wie viele Plätze ohne die Maßnahme wegfallen? (bitte erläutern Sie dies kurz stichpunktartig)				

6. Angaben zum fachlichen Konzept

(Bitte legen Sie zu folgenden Punkten – falls in Frage kommend – die Inhalte Ihres Konzepts nachfolgend in kurzer Form dar)

Bedarf an Pflegeplätzen/Begegnungsstätten
(IST-Situation, Bedarfsanalyse, regionale Aspekte, sozialräumliche Planung, Pflegebedarfsplanung)

Zielgruppe(n)

Öffnung in den sozialen Nahraum
(Angebote für Öffentlichkeit, Nutzungsmöglichkeiten durch Öffentlichkeit, Infrastruktur für den sozialen Nahraum/Gemeinde/Nachbarschaft, Einbindung der Einrichtung, Begegnungsmöglichkeiten, „ausstrahlende“ Dienstleistungen, etc.)

Partizipation

(z. B. Involvierung der Kommune, Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement, Kooperation/Vernetzung mit anderen Einrichtungen/Trägern/Vereinen/Dienstleistern etc.)

Aspekte der Demenzsensibilität

(Bauliche Gestaltung der Innen-/Außenbereiche, Garten, milieutherapeutische Maßnahmen, spez. Angebote etc.)

Aspekte der Sehbeeinträchtigung

7. Kosten							
Gesamtkosten € KG 100-700							
KG 300							
KG 400							
KG 500							
KG 600							
Die Kosten je Platz betragen							
8. Finanzierungsplan:							
Eigenanteil	Nennbetrag (€)	Zinsen (€)	voraussichtlicher jährlicher Finanzierungsbedarf				
			2020	2021	2022	2023	2024
Leistungen Dritter							
Sonstige Zuwendungen/ öffentliche Mittel	Nennbetrag (€)	Zinsen (€)	voraussichtlicher jährlicher Finanzierungsbedarf				
			2020	2021	2022	2023	2024
Beantragte Zuwendung	Nennbetrag (€)		voraussichtlicher jährlicher Finanzierungsbedarf				
			2020	2021	2022	2023	2024
SUMME							

Anlagen zum Antrag

(bitte beachten Sie dazu auch die Erläuterungen in den Ausfüllhinweisen)

- Kreditbereitschaftserklärung
- Gesellschaftsvertrag/-satzung
- Eigentumsnachweis (z.B. Auszug aus dem Grundbuch, o.ä.)
- Handelsregisterauszug/anderer Nachweis über die vertretungsberechtigte(n) Person(en)
- Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamts (soweit zutreffend)
- Versorgungsvertrag / Betriebserlaubnis
- Stellungnahme der zuständigen Kommune (Anlage 1)
- Für Einrichtungen die unter das PflWoqG fallen: Nachweis über eine mit der FQA abgestimmten fachlichen Konzeption (Anlage 3)
- DAWI-De-minimis-Erklärung
- Erklärung über die Kenntnis der Strafbarkeit der subventionserheblichen Tatsachen im Rahmen des Zuwendungsverfahrens PflegesoNahFöR

Baufachliche Unterlagen

- Bau- oder Raumprogramm
- Übersichtsplan
- Topografische Karte im M 1:25.000
- Lageplan mind. M 1:1000 mit Darstellung der Erschließung
- Pläne im M 1:100
 - Grundrisse
 - Ansichten
 - Schnitte
- Terminplan (mind. Grobterminplan mit Meilensteinen)
- Vorbescheide oder sonstige Nachweise zur baurechtlichen Zulässigkeit
- Erläuterungsbericht nach Muster 6 zu Art. 44 BayHO
- Kostenermittlung in der 3.Ebene nach DIN 276
- Flächen und Rauminhalte nach DIN 277
- Wohnflächenberechnung nach der WoFIV

Pflegfachliche Unterlagen

- Gesamtkonzept (Anlage 2)
- Sozialräumliche Planung, z. B. in Form eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts (Auszüge hinsichtlich Pflegebedarfsplanung und Partizipation)
- Bei neu initiierten amb. betreuten Wohngemeinschaften: Beschreibung der Inanspruchnahme einer neutralen Moderation in der Anfangsphase gem. 2.2.3.1f PflegesoNahFöR
- Bei Begegnungsstätten: Beschreibung der Umsetzung einer Lotsen-/Vernetzungs-/Koordinationsfunktion gem. 2.2.8.1c PflegesoNahFöR

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

(die Angaben haben **keinen Einfluss auf die Antragsbewertung**)

Die Antragstellerin/Der Antragsteller **erklärt**, dass er

- einer Veröffentlichung seiner vorgenannten Maßnahme durch das LfP oder das StMGP zustimmt,
- bereit ist, in individueller Absprache an medienwirksamen Terminen persönlich teilzunehmen,
- einverstanden ist, dass seine Kontaktdaten im Rahmen von Presseanfragen durch das LfP oder das StMGP weitergegeben werden.

Statistik

Die Antragstellerin/Der Antragsteller **erklärt**, dass er

- einverstanden ist, dass seine Daten im Rahmen des Förderverfahrens zu statistischen Zwecken erhoben und weiterverarbeitet werden.
- nicht einverstanden ist, dass seine Daten zu statistischen Zwecken erhoben und weiterverarbeitet werden.

Vergabe von Aufträgen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller **erklärt**, dass er

- das Merkblatt zur Ausschreibungspflicht und Vergabe nach VOB/A gelesen hat und **versichert**, dass er im Falle einer Zuwendung die Vorschriften zur Vergabe von Aufträgen gem. den ANBest-P einhalten wird.
- das Merkblatt zur Ausschreibungspflicht und Vergabe nach VOB/A gelesen hat, die Regelungen gem. den ANBest-P im Falle einer Zuwendung aber **nicht einhalten wird**.
- das Merkblatt zur Ausschreibungspflicht und Vergabe nach VOB/A **nicht** gelesen hat.

Hinweise und Erklärungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller **erklärt**, dass

- eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist und die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel nachgewiesen werden kann;

- mit dem Projekt noch nicht begonnen worden ist und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten;
- der Finanzierungsplan nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt wurde. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem Finanzierungsplan gesichert; die Folgekosten des beantragten Projekts (Belastungen aus Kapitaldienst und Bewirtschaftung) sind für sie/ihn dauerhaft tragbar;
- der durch die Zuwendung des Freistaates Bayern nicht gedeckter Teil der Ausgaben für das beantragte Projekt durch Eigenmittel getragen wird, soweit keine Einnahmen oder Drittmittel zur Verfügung stehen;
- keine anderweitigen Mittel des Freistaates Bayern für diese Maßnahme in Anspruch genommen werden und auch nicht beantragt sind;
- er/sie die aktuelle Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege zur investiven Förderung von Pflegeplätzen sowie der Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum (Förderrichtlinie PflegesoNahFÖR) zur Kenntnis genommen hat;
- **wenn Antragsteller/in und Einrichtungsträger nicht identisch sind:** die gewährte Förderung bei der Berechnung des Miet-/Pachtzinses mindernd berücksichtigt werden wird;
- die beantragten Wohn- und Pflegeplätze sowie Plätze in Begegnungsstätten dauerhaft für die Zeitdauer von mindestens 25 Jahren ab Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. ab Fertigstellung des Umbaus/ der Modernisierung vorgehalten werden;
- die beantragten Wohn- und Pflegeplätze sowie Plätze in Begegnungsstätten ausschließlich für die Art von Plätzen verwendet werden, die in der Förderrichtlinie vorgesehen ist und für die die Förderung gewährt wird;
- **ihr/ihm bekannt ist, dass Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist;**
- **die Angaben im Antrag richtig und vollständig sind.**

Ort, Datum

Name, Vorname

Unterschrift Antragsteller(in)

Hinweise zum Datenschutz

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das

Bayerische Landesamt für Pflege
- Datenschutz -
Köferinger Str. 1
92224 Amberg
datenschutz@lfp.bayern.de

Die Daten werden erhoben, um den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Förderrichtlinie PflegesoNahFöR zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c, e und Art. 9 Abs. 2 Buchst. b DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 23 und 44 BayHO und die hierfür erlassenen Verwaltungsvorschriften. Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Ihnen stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 22, 77 DSGVO zu. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege unter www.stmgp.bayern.de/datenschutz. Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter datenschutz@lfp.bayern.de erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Fördermittel werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt.